

125 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

**Einspruch des Bundesrates
gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates
vom 21. Oktober 1983 betreffend ein Bundes-
gesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz
1977 geändert wird**

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER VORSITZENDE DES BUNDESRATES
Zl. 190/2-BR/83

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den
Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. Okto-
ber 1983 betreffend ein

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversiche-
rungsgesetz 1977 geändert wird
in Verhandlung genommen und beschlossen, gegen
diesen Gesetzesbeschluß mit der angeschlossenen
Begründung Einspruch zu erheben. %

Hievon beehre ich mich im Sinne des Art. 42
Abs. 3 B-VG die Mitteilung zu machen.

Unter einem wird der Einspruch des Bundesrates
auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis
gebracht.

8. November 1983

Göschelbauer

%

**Begründung
des Einspruches des Bundesrates vom
8. November 1983 betreffend den Gesetzesbes-
chluß des Nationalrates vom 21. Oktober
1983 über ein Bundesgesetz, mit dem das
Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geän-
dert wird**

Nach dem vorliegenden Gesetzesbeschluß sollen
die Versicherten und deren Arbeitgeber auf 3 Ebe-
nen verstärkt zur Kasse gebeten werden:

1. ist vorgesehen, daß in der Arbeitslosenversi-
cherung hinkünftig nicht die Höchstbeitrags-
grundlage für die Krankenversicherung, son-
dern die empfindlich höhere der Pensionsver-
sicherung gelten soll,
2. soll der 14. Monatsbezug in die Beitrags-
pflicht einbezogen werden, und
3. soll der Beitragssatz von 4 auf 4,4% angeho-
ben werden.

Diese Beitragserhöhungen sind nicht nur für den
einzelnen unzumutbar, sondern gefährden über die
Erhöhung der Lohnnebenkosten weitere Arbeits-
plätze.

Insgesamt bringt das Belastungspaket der soziali-
stischen Koalitionsregierung 30 Milliarden Schil-
ling Belastungen und nur knapp 2 Milliarden Schil-
ling Einsparungen.

Die Auswirkungen dieser Politik werden alle
Österreicherinnen und Österreicher sehr rasch zu
spüren bekommen.

Nach übereinstimmenden Aussagen der Österrei-
chischen Wirtschaftsforschungsinstitute werden
folgende Auswirkungen erwartet:

- Die Inflationsrate wird im nächsten Jahr
um 1¼ Prozentpunkte erhöht (also um die
Hälfte).
- Das Wirtschaftswachstum wird real von 1,5%
auf 0,5% gesenkt (also um zwei Drittel).
- Die Arbeitslosenrate steigt um 0,7 Prozent-
punkte bzw. fast 20 000 Personen.
- Die Realeinkommen werden um einen Prozent-
punkt verringert und
- der private Konsum, der derzeit im Ausland
einen wesentlichen Wirtschaftsmotor darstellt,
wird um 2,5 Prozentpunkte verringert.

Das auf Mallorca erfundene und durch die der-
zeitige Bundesregierung noch erweiterte Bela-
stungspaket trifft also nicht nur die sozial schwä-
cheren Bevölkerungsgruppen besonders stark, son-
dern es ist auch ein echter Hemmschuh für einen
möglichen Wirtschaftsaufschwung. Das Steuerpa-
ket bewirkt eine Umverteilung zum Staat, verlangt
von den Bürgern beträchtliche Opfer und gefährdet
Tausende Arbeitsplätze, ohne den Staatshaushalt
zu sanieren.